

DER MANN MIT DEN ZWEI GESICHTERN

Heiko Maas trinkt Wein und predigt Wasser



Von MANFRED ROUHS | Bundesaußenminister Heiko Maas verbrachte den 150. Jahrestag der deutschen Reichsgründung bei seinen Freunden in der Türkei, für deren Interessen er sich seit Jahren in Deutschland sehr erfolgreich einsetzt. Zusammen mit seinem türkischen Amtskollegen Mevlüt Cavusoglu bezog er Aufstellung für die Kameras der Fotografen – sehr brav mit Maske, versteht sich. Von der Szene gibt es allerdings zwei Versionen: eine für das deutsche und eine für das türkische Publikum.

Für das türkische Publikum sind Gesichtsmasken offenbar weniger wichtig oder sogar hinderlich. Volkspädagogische Ansprüche im Zusammenhang mit dem öffentlichen, vorbildlichen Auftreten von Spitzenpolitikern scheinen der Version für die deutsche Öffentlichkeit vorbehalten zu sein. Die „Deutsche Welle“ brachte beide Bilder – eines mit und eines ohne Masken. Das eine mit deutschem und das andere mit türkischem Text.

Ist Corona weniger ansteckend, wenn die Protagonisten für türkische Leser und Zuschauer Haltung annehmen? Oder ist Heiko Maas schlicht flexibel und kultursensibel? Womöglich geht er davon aus, dass die Türken keine verummten Politiker anschauen wollen. Und als folgsamer Gast legt er dann die

Maske beiseite und verhält sich so, wie es von ihm erwartet wird.

Dumm nur, dass mittlerweile beide Versionen seiner Pose in den sozialen Netzwerken die Runde machen. Selbst im Milieu der Gut- und Bessermenschen kommen dadurch Zweifel auf, wie ernst Maas sein Engagement zur Corona-Prävention nimmt. Und wie ernst er selbst mit seinem Verhalten noch genommen werden kann.

Eine angemessene Reaktion auf den Patzer wäre es zweifellos, Maas erstmal zwei Wochen in Quarantäne zu stecken, bevor er in Deutschland wieder unter Leute gehen darf. Strafe muss sein! Und wer weiß schon, was er sich unmaskiert in Ankara alles eingefangen hat? Erwähnt sei in diesem Zusammenhang: Es gibt noch andere Krankheiten, nicht nur Corona. Vorsicht ist geboten und Gefahrenabwehr die erste Bürgerpflicht!



PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und hat die Broschüre „Coronazeit – Leben im Ausnahmezustand“ herausgegeben. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong.

Erdogans Traum vom

Großosmanischen Reich



Von MANFRED ROUHS | Recep Tayyip Erdogan schreibt keine Gedichte. Aber er zitiert gerne aus den Werken osmanischer Poeten, die von der Größe und der Pracht eines muslimisch begründeten Großreiches aller Turkvölker schwärmen. Damit hat er sich jetzt den Zorn der Glaubenskonkurrenten in Teheran zugezogen, die durch Äußerungen des Großsultans die territoriale Integrität des Iran in Frage gestellt sehen: Der Padishah steht über dem Shah, und das gefällt dessen schiitischen politischen Erben nicht, wie die *dpa* berichtet.

Als er noch nicht türkischer Ministerpräsident und seine Konkurrenz im eigenen Land größer war als heute, hat sich Erdogan mit einem Zitat aus einem Gedicht sogar schon einmal eine Haftstrafe eingehandelt. 1998, im Amt des Bürgermeisters von Istanbul, sprach er Klartext:

„Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“ (aus: „Göttliche Armee“)

Das setzte in der seinerzeit noch weltlichen Türkei zehn Monate Haft und ein Politikverbot. Seine damalige Partei, die „Tugendpartei“, wurde 2001 sogar verboten. Also stellte sich Erdogan politisch neu auf, erkannte formal die Trennung von Staat und Religion an und wurde damit mehrheitsfähig. Die Parallelen zu Hitlers Putschversuch von 1923, seiner Inhaftierung in Landsberg und der anschließenden verbalen „Läuterung“ sowie seinem politischen Durchmarsch 1933 sind

verblüffend.

Die Truppen des Padishah sind überall marschbereit – in Deutschland genauso wie an der Grenze zum Iran.



PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und hat die Broschüre „Coronazeit – Leben im Ausnahmezustand“ herausgegeben. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong.

Erdogans Triumph des Willens – Putins Niederlage?



Von KONSTANTIN | Vor vier Wochen erfolgte die Kapitulation der armenischen Verteidigungskräfte. Berg Karabach fällt größtenteils in azerisch-türkische Hände. Die armenische Bevölkerung wurde vertrieben. Erdogan triumphiert mit seiner Expansionsstrategie auf ganzer Linie und lässt sich in Baku feiern.

Die Ereignisse rund um die armenische Provinz Berg-Karabach haben in Europa kaum jemanden interessiert. Dabei ist es wirklich unglaublich, was 2020 passiert ist. Eine alte christliche Kulturnation wurde mit Hilfe islamischer Söldner aus Syrien erobert. Die christliche Bevölkerung von Berg-Karabach wurde vertrieben. Den Armeniern bleiben nur noch ein kleines Restgebiet der einstigen autonomen Provinz Berg-Karabach.

Vertreibungen interessieren Merkel nicht

Kein relevanter internationaler Akteur ist den Armeniern Beiseite gesprungen. Von der Erdogan hörigen Kanzlerin aus Deutschland konnte man nichts erwarten. Merkel hat Erdogan mit ihrem Flüchtlingsdeal an Europa ausgeliefert und erpressbar gemacht. Was sind schon hunderttausende vertriebene Armenier im Vergleich zu Bildern von „Flüchtlingen“ in der Tagesschau.

Für viele Beobachter überraschend war dagegen, dass Russland den Armeniern nicht zur Seite gesprungen ist. Im Berg-Karabach-Krieg Anfang der 1990er-Jahre stand Russland nach dem Zerfall der Sowjetunion noch auf Seiten Armeniens. Auch mit dessen Hilfe gelang den Armeniern die Verteidigung von Berg-Karabach gegen azerische Verbände. Diese Hilfe blieb 2020 aus. Putin wollte es sich mit dem ölreichen Alijew-Clan aus Aserbaidschan nicht verscherzen. Die aserbaidyschanischen Waffenkäufe sind in Moskau sehr willkommen. Zudem scheinen die Armenier nicht auf einen Vermittlungsplan von Putin im Jahre 2017 eingegangen zu sein.

Die Niederlage der Armenier bringt erneut entsetzliches Leid über diese Volksgruppe. Die Überlebenden des türkischen Völkermords an den Armeniern 1915 hatten sich in die Gebiete des heutigen Syriens und des Libanons geflüchtet. In Syrien greifen seit 2011 mit Unterstützung der Türkei islamische Kämpfer die Zentralregierung an. Von diesen Kämpfen waren Armenier aus Syrien in das vermeintlich sichere Berg-Karabach geflohen. Nun werden sie erneut vertrieben und die Welt schaut

zu.

Erdogan auf militärischem Erfolgskurs

Die Niederlage der Armenier stärkt aber auch Erdogan in seiner aggressiven Expansionspolitik. Ohne die militärische und politische Unterstützung aus Istanbul hätten die Azerbaidshaner wohl niemals gegen Berg-Karabach zugeschlagen. Aus neutraler Perspektive muss man Erdogan zugestehen: Mit seiner militärischen Expansion und seinen Angriffskriegen hat er Erfolg. Berg-Karabach wird endlich türkisch besiedelt. Im syrischen Afrin wurden die Kurden vertrieben und türkischsprachige Schulen eröffnet und im türkisch besetzten Zypern werden verlassene Orte von türkischen Siedlern in Besitz genommen. Erdogan schafft Fakten und alle schauen zu. Und was macht die EU? Genau, nichts!

Wenn Europa nicht weiter ein Opfer der neo-osmanischen Expansion werden möchte, wird es Zeit, sich nicht mehr die Gunst des Sultans vom Bosphorus zu erkaufen, sondern eine Verteidigungsallianz zu schmieden. Dabei muss Armenien in enger Abstimmung mit Russland eine Rolle spielen.

Gerne verweisen wir in dem Zusammenhang auf unsere praktischen Tipps, wie Sie Armenien unterstützen können.

**Erdogan macht, was er will,
und die EU guckt feige zu**



Von KEWIL | Am Sonntag war ein türkischer Frachter 150 Kilometer vor der libyschen Küste von einer Fregatte der Bundeswehr auf Befehl der EU aus Rom (Aktion Irini) gestoppt worden wegen Verdacht des Waffenschmuggels und sollte durchsucht werden. Kurz danach ließ der türkische Sultan Recep Tayyip Erdogan seinen Schuhputzer in Almanyaa anrufen und protestieren. Sofort wurde die Aktion gestoppt und Merkels Schrott-Marine unter Oberbefehlshaberin AKK rückte wie ein begossener Pudel ab. Protest Fehlannonce. Es ist die neueste Frechheit des türkischen Präsidenten und ein erneutes Versagen des Westens.

Erdogan macht buchstäblich, was er will, kassiert von der EU und Berlin noch zweistellige Milliardenbeträge dafür, dass er das Gegenteil von dem macht, was die EU will, und unsere politischen Hampelmänner und Hampelfrauen hängen wie die Marionetten an seinen Fäden.

Erdogan mischt sich über die islamische DITIB direkt in die deutsche Innenpolitik, beleidigt den französischen Präsidenten Macron, schnappt sich syrisches Staatsgebiet von den Kurden, hilft dem islamischen Aserbaidschan gegen die Christen in Armenien, an denen die Türken bereits einen Völkermord begangen haben, will die Griechen von ihren Inseln vertreiben und reklamiert ihr Meer für die Türkei und sichert sich Öl- und Gasvorkommen im Mittelmeer rund um das bereits vor 70 Jahren von den Türken illegal besetzte Nordzypern.

Dazu kassiert er Milliarden von der doofen deutschen Kanzlerin Merkel, damit er „Flüchtlinge“ vor Europa zurückhält, und schickt sie erpresserisch trotzdem. Und genau dahin passen auch seine Waffenexporte nach Libyen. Seine Verbündeten dort

sitzen nämlich an der Küste, und damit hat Erdogan ein weiteres Trumpfass gegen die EU. Er kann jetzt mohammedanische „Flüchtlinge“ und Asylanten nicht nur vom Bosphorus, sondern auch aus Libyen nach Europa schicken. Damit hat er die EU in der Zange.

Man muss Erdogan ob seines strategischen Weitblicks immer wieder bewundern, wobei ihm angesichts der unfähigen Feiglinge und Volldeppen in Berlin und Brüssel die islamische Eroberung von Westeuropa eher leichtfällt. *(Siehe dazu auch Tichys Einblick!)*

Türkische Gastarbeiter kamen auf Druck der Türkei nach Deutschland



Am 30. Oktober 2020 jährte sich zum 59. Mal (1961) die Unterzeichnung des Gastarbeiterabkommens zwischen Deutschland und der Türkei. Im Gegensatz zum gerne von türkischer Seite kolportierten Mythos „Deutschland hat türkische Gastarbeiter nach dem Krieg geholt und diese haben das Land wieder aufgebaut“, ging der Wunsch nach einem Abkommen nicht von Deutschland aus, sondern von der Türkei.

Sowohl die Türkei als auch die USA hatten ein großes Interesse am Zustandekommen dieser Vereinbarung. Ein starkes

Bevölkerungswachstum in der Türkei hatte zu hohen Arbeitslosenzahlen geführt. Diese hoffte man durch das Abkommen zu reduzieren.

Außerdem sollten zurückkehrende Fachkräfte mit ihrem neu erworbenen Know-how die Effizienz der heimischen Industrie steigern. Ziel der USA war eine ökonomische Stabilisierung der Türkei, die 1952 in die NATO aufgenommen worden war.

Hierzu führt Dr. Stefan Luft in seinem 2006 erschienen Buch "Abschied von Multikulti" aus:

Die Initiative für das deutsch-türkische Anwerbeabkommen ging, was wenig bekannt ist, von der Türkei aus. Die Türkei hatte ein erhebliches Interesse daran, einen Teil der rasch anwachsenden Bevölkerung befristet als Gastarbeiter ins Ausland zu schicken. Neben der Entlastung des eigenen Arbeitsmarktes versprach sie sich zu Recht dringend benötigte Deviseneinnahmen sowie einen Modernisierungsschub durch zurückkehrende Gastarbeiter, die sich entsprechende Qualifikationen angeeignet haben würden. Rund 77 Prozent der Erwerbstätigen waren damals in der Landwirtschaft tätig, nur etwa zehn Prozent in der Industrie. „Sowohl Anfang der sechziger Jahre als auch zu Beginn der siebziger Jahre war die Türkei darauf angewiesen, Arbeitskräfte ins Ausland zu schicken, da sie nur auf diese Weise die Arbeitslosigkeit im Lande reduzieren und mit Hilfe der regelmäßigen Gastarbeiterüberweisungen ihr hohes Außenhandelsdefizit ausgleichen konnte.“

In Ihrem Buch „Diplomatische Tauschgeschäfte. ‘Gastarbeiter’ in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953-1973“ führt Heike Knortz das Zustandekommen des Vertrages auch auf außenpolitischen Druck der USA zurück:

Zunächst reagierte die Bundesregierung zurückhaltend auf das Angebot. Arbeitsminister Theodor Blank lehnte das Angebot zunächst ab. Da er die kulturell-religiöse Distanz und

mögliche aus dieser resultierende Konflikte als zu groß einschätzte, des Weiteren bestünde zunächst auch kein Bedarf an türkischen Arbeitskräften, da das Potenzial an deutschen Arbeitslosen aus strukturschwachen Regionen noch nicht hinreichend ausgeschöpft sei. Aufgrund des außenpolitischen Drucks der USA, welche nach der geostrategisch motivierten Aufnahme der Türkei in die Nato dieses Land ökonomisch stabilisieren wollte, übernahm das bundesdeutsche Außenministerium, im Gegensatz zum ursprünglich zuständigen Arbeitsministerium, die Verhandlungsführung mit der türkischen Republik. Bei Abschluss des Abkommens standen die außenpolitischen Ziele der Nato, sowie die innenpolitischen und wirtschaftlichen Ziele der Türkei im Vordergrund. Insbesondere erhoffte sich die Türkei einen Rückgang der hohen türkischen Arbeitslosenzahlen, welche durch ein dauerhaft über dem Wirtschaftswachstum liegendes Bevölkerungswachstum verursacht waren.

Das Problem des explosionsartigen Anwachsens der eigenen Bevölkerung (von 1955 bis 1975 stieg die Bevölkerungszahl in der Türkei von 24 auf 40,2 Millionen Menschen) wurde zumindest damals noch von türkischer Seite aus offen zugegeben. Helmut Schmidt (SPD, deutscher Bundeskanzler 1974 bis 1982) berichtete in der Wochenzeitung "Die Zeit" (Heft "Zeitpunkte", Nr. 1/1993) über ein Schlüsselerlebnis mit dem türkischen Ministerpräsidenten Demirel:

Ich kann mich gut daran erinnern, als ich ihn das erste Mal traf. Das muss anderthalb Jahrzehnte her sein. Wir trafen uns in Ankara. Er war damals Regierungschef und hat zu mir gesagt: „Wissen Sie, Herr Schmidt, bis zum Ende des Jahrhunderts müssen wir noch fünfzehn Millionen Türken nach Deutschland exportieren.“ Und ich habe zu ihm gesagt: „Das wird nicht stattfinden, das werden wir nicht zulassen.“ Da hat er gesagt: „Warten Sie mal ab. Wir produzieren die Kinder und Ihr werdet sie aufnehmen.“

Es ließen sich von 1961 bis 1973 viermal so viele Bewerber bei der „Deutschen Verbindungsstelle“ der Bundesanstalt für Arbeit registrieren, wie tatsächlich nach Deutschland vermittelt werden konnten. Neben den Überweisungen der Gastarbeiter und der Verbesserung der türkischen Handelsbilanz gegenüber der Bundesrepublik Deutschland erhoffte sich die Türkei auch durch die Rückkehr der in Deutschland mit moderneren Produktionstechniken vertraut gewordenen Arbeitskräften im Rahmen des vereinbarten zweijährigen Rotationsprinzips eine Effizienzsteigerung der eigenen Industrie (Know-How-Transfer). Aufgrund der Vertragsbedingungen, insbesondere des vereinbarten zweijährigen Rotationsprinzips, gab es keine Überlegungen oder gar Planungen hinsichtlich einer dauerhaften Ansiedlung der türkischen Zuwanderer, denn dies war in den Vertragsbedingungen explizit nicht vorgesehen.

Dass das Abkommen keinen wirtschafts- sondern einen außenpolitischen Hintergrund hatte, wurde es auch folgerichtig nicht vom Wirtschafts- sondern vom Außenministerium verhandelt und abgeschlossen. Ein Volk, das weltweit für seinen Fleiß, Handwerkskunst und Erfindergeist bekannt, bereits 1959 hinter den USA wieder zweitstärkste Wirtschaftsnation ist, war mit Sicherheit nicht auf größtenteils ungelernete Türken zum „Wiederaufbau“ seines Landes angewiesen. 1961 gab es in Deutschland nichts mehr zum „wiederaufbauen“. Eine gute Gelegenheit zum Wiederaufbau hätte es hingegen in der Türkei gegeben:

Er kommt selbst aus diesem Gebiet um die Städte Erzurum, Mus und Varto. „Als dort 1966 ein Erdbeben wütete, ließ die türkische Regierung viele Überlebende, die Hab und Gut verloren hatten, als Gastarbeiter nach Deutschland rekrutieren. Tausende kamen nach Berlin.“

Bereits 1971 wurde das Abkommen wieder gekündigt, 1983 zahlte man „Rückkehrprämien“, damit Türken wie ursprünglich vereinbart in die Türkei reimmigrieren.

Diese eindeutige Faktenlage passt der Türkei nicht so recht in ihr eigenes Geschichtsbild. So behauptete hinsichtlich des bevorstehenden 50ten Jahrestages des Abkommen im März 2011 der damalige „Minister für Auslandstürken“ Faruk Çelik:

*[...] In Anspielung auf die deutsche Kritik an türkischen Migranten erinnerte der Minister die Bundesrepublik auch daran, dass die Auswanderung keine Idee der Türken war: „Die Leute gingen, weil man nach ihnen rief.“ Nun müsse sich Deutschland verstärkt um eine gute Integration bemühen, was bedeute, „Kultur und Religion“ der Türken zu respektieren.
[...]*

Ebenso gab der damalige türkische Staatspräsident Abdullah Gül das Märchen vom dringend benötigten türkischen Gastarbeiter zum Besten:

„Die Türken sind damals einer Einladung gefolgt. Deutschland brauchte Arbeitskräfte, die Türken machten sich auf den Weg.“

Selbst die Bundesregierung klammerte, aus welchen Gründen auch immer, die Geschichte des Zustandekommens der Anwerbung aus:

Der Anwerbevertrag zwischen Deutschland und der Türkei wurde Ende Oktober 1961 in Bad Godesberg unterzeichnet. Beide Länder waren an einer engeren Zusammenarbeit interessiert. Zum einen brauchte Deutschland zur Zeit des „Wirtschaftswunders“ Arbeitskräfte, zum anderen wollte die Türkei ihre Landsleute durch einen Auslandsaufenthalt weiter qualifizieren.

Im Januar 2018 wiederholte auch der damalige SPD-Außenminister Sigmar Gabriel die „Wiederaufbaulüge“ bei einer Pressekonferenz mit dem türkischen Außenminister Mevlüt Cavusoglu in Goslar (hier ab Minute 3.14).:

„Deutschland hat viel davon profitiert, dass Menschen aus

anderen Teilen der Welt, insbesondere der Türkei, nach dem zweiten Weltkrieg zu uns gekommen sind und das Land aufgebaut haben.“ Diese völlig faktenfreie Behauptung kommt nicht etwa wie gewohnt von türkischer Seite, sondern aus dem Mund des deutschen Außenministers Sigmar Gabriel (SPD).

Ehemalige deutsche Bundeskanzler und Minister verzichteten auf falsche Rücksichtnahme bei Ihrer Bewertung der Folgen des Abkommens wie nachfolgende Zitate belegen:

Helmut Schmidt (SPD) in der Wochenzeitung „Zeit“ vom 5.2.82:

„Mir kommt kein Türke mehr über die Grenze!“

Manfred Börner (SPD und hessischer Ministerpräsident) 1982:

“Es kommt, solange ich in Hessen etwas zu sagen habe, kein Türke mehr ins Land. Denn die sozialen Folgekosten sind so hoch, dass es unverantwortlich ist, das fortzusetzen.“

Helmut Kohl, in einem ZDF-Interview v. 3.10.1982, dem ersten Tage seiner Kanzlerschaft:

„Aber es ist auch wahr, dass wir die jetzige vorhandene Zahl der Türken in der Bundesrepublik nicht halten können, dass das unser Sozialsystem, die allgemeine Arbeitsmarktlage, nicht hergibt. Wir müssen jetzt sehr rasch vernünftige, menschlich sozial gerechte Schritte einleiten, um hier eine Rückführung zu ermöglichen.“

und an anderer Stelle:

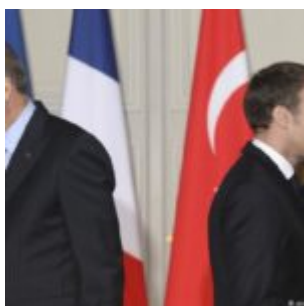
„Das Problem ist, dass wir offen aussprechen müssen, dass wir mit der Zahl der türkischen Gastarbeiter bei uns, wie wir sie jetzt haben, die Zukunft nicht erreichen können. Die Zahl kann so nicht bleiben. Sie muss verringert werden.“

Diese Fakten sollte jeder Deutsche kennen. Es ist davon auszugehen, dass nächstes Jahr zum 60. „Jubiläum“ wieder versucht wird, die Lüge von den dringend benötigten türkischen „Gast“arbeitern unters Volk zu bringen.

Weiterführende Links:

- » Tobias Heinz: Beitrag der Gastarbeiter zum Wiederaufbau Deutschlands
 - » Necla Kelek: Almancis haben Türkei gerettet
-

Kalter Krieg im Mittelmeer



Von GUNTHER | Die Großmachtambitionen der Türkei, besonders unter Erdogan, haben bereits in Syrien Trümmerfelder hinterlassen, der Nordteil Zyperns befindet sich seit 1974 unter der harten Hand Ankaras. Aber auch in Libyen sind die Verbündeten von Sultan Erdogan dem Prächtigen auf Seiten der selbsternannten „Regierung der Nationalen Übereinkunft“ im Einsatz.

Der Konflikt im nordafrikanischen Wüstensand ist sehr viel komplizierter als die Einmischung in Syrien oder die Besetzung des nördlichen Zyperns. Denn die sogenannte „Regierung der Nationalen Übereinkunft“ ist bei den meisten westlichen Ländern anerkannt. Auch die ehemalige Kolonialmacht Italien intervenierte zugunsten des sich im Westen des Landes nur noch sehr mühselig haltenden politischen Konstrukts. Doch eben

jenes Konstrukt ist radikal islamisch ausgeprägt.

Saudi-Arabien, das die Hoheit über den sunnitischen Islam beansprucht und wohl seit den Tagen Osama bin Ladens auch aus reinen machtpolitischen Erwägungen einige radikale islamische Organisationen fürchtet, Ägypten, das sich wohl um die Muslimbrüder im eigenen Land und seine Westgrenze sorgt, aber auch Frankreich, das sicher nicht eine allzu islamisch ausgerichtete Regierung gutheißen kann, stehen auf der Gegenseite, der Seite des so sagemwobenen, wie auch zwielichtigen Generals Haftar. Nicht zu vergessen sind die Lieblingsbösewichte des Westens, Russland und China, die ebenfalls auf Seiten des ehemaligen Gefolgsmanns Gaddafis und späteren CIA-Agenten Haftars stehen.

Die Beziehungen zwischen Russland und der Türkei sind gelinde gesagt schwierig und der bestehende Graben zwischen beiden dürfte sich durch den offenen Kampf um Bergkarabach nur noch vertieft haben. Aber auch Frankreich hatte seit einiger Zeit seine Schwierigkeiten mit dem Nachfolgestaat der Osmanen. Nicht zuletzt der Konflikt in Libyen hatte die beiden Nato-Mitglieder gegeneinander aufgebracht. Doch hat die Einmischung Frankreichs im Kampf um Bergkarabach die Spannungen zwischen beiden Ländern erhöht.

Der aktuelle Fall des in Frankreich nach guter Sitte einer strengen Koranauslegung geköpften Lehrers Samuel Paty ist neuer Zündstoff für den Streit zwischen Paris und Ankara. Nachdem der Präsident der Grande Nation in ungewohnter Standhaftigkeit verkündete, Mohammedkarikaturen jetzt erst recht zu zeigen, und damit das beabsichtigte Ziel des Kopfabgläubigen ad absurdum führte, erhob sich in weiten Teilen der islamischen Welt ein Sturm der Entrüstung. Auch Möchtegernjungtürke Erdogan, dem die Situation sicher sehr gelegen kam, sprach sich für einen Boykott Frankreichs aus. Darauf konterte die Satirezeitung Charlie Hebdo, die bekanntlich einst selbst von Allahs Schwert kosten durfte, mit einer Erdogan-Karikatur auf ihrer Titelseite.

Der „Kampf der Kulturen“ (ein im übrigen sehr lesenswertes Buch), so scheint es, ist in vollem Gange. Welche Auswirkungen die von Erdogan um einiges beschleunigten Expansionsbestrebungen der Türkei für ihn und sein Land haben, bleibt abzuwarten. Mindestens ebenso ungewiss sind die Folgen der seit den 1970ern immer weiter fortschreitenden Politisierung des Islams. Besonders, da einerseits die meisten islamischen Länder eine im Vergleich zu westlichen Ländern geradezu explosionsartige Bevölkerungsentwicklung haben und andererseits eine sehr große Anzahl von Sprenggläubigern bereits in vielen Ländern Europas anzutreffen ist.

Auch droht der sich im Mittelmeer abzeichnende Konflikt, alte Bündnisse zu sprengen und geopolitische Gegebenheiten neu zu ordnen. Ein französisch-russisch-israelisches Antiislambündnis mit wechselnden nahöstlichen Partnern und einem mal mehr, mal weniger teilnahmslosen Europa auf der Zuschauerbank wäre denkbar. Noch sind die Würfel nicht gefallen. Wie sich die EU, Deutschland und die Muslime, die in Europa leben, ausrichten werden, wird sich zeigen.

Die Türkei ist das neue Drehkreuz des islamischen Terrors



Von KONSTANTIN | Die Angriffe auf armenische Siedlungsgebiete in Berg Karabach (PI-NEWS berichtete) halten unvermindert an. Währenddessen verdichten sich Meldungen, wonach die Türkei sich zum wichtigsten Terroristen-Drehkreuz des Nahen Ostens entwickelt hat. An den Kämpfen sollen maßgeblich syrische IS-Kämpfer beteiligt sein, die von der Türkei nach Aserbaidschan transferiert wurden.

Es bahnt sich eine neue Dimension im Berg Karabach-Konflikt an: Ursprünglich eine Territorial-Streitigkeit zwischen ehemaligen Sowjet-Republiken erhält der Konflikt zunehmend eine internationale Dimension. Wahrscheinlich von Erdogan ermutigt, begann Aserbaidschan seit Ende September Angriffe auf das von Armeniern bewohnte Gebiet. Schnell verwies die Republik Armeniern auf die Beteiligung ausländischer Kämpfer in dem Konflikt. Ein Vorwurf, der in Propagandaschlachten, die kriegerische Handlungen meist begleiten, leicht zu erheben ist, aber schwer zu beweisen.

Das Blatt wendete sich für die Türkei als auch der französische Präsident ähnliche Vorwürfe erhob. So sprach Macron im Rahmen des EU-Gipfels in Brüssel von 300 Kämpfern „dschihadistischer Gruppen“, die nach Berg-Karabach verlegt worden sein sollen.

Bereits 850 ausländische Kämpfer in Berg Karabach?

Nach Angaben der syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte befinden sich bereits 850 von der Türkei geschleuste Kämpfer in der Region. Die syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte gilt dabei als Kritiker der syrischen Regierung und sympathisiert mit der bewaffneten Opposition in Syrien. Ihre Berichte sind nicht unabhängig. Durch ihre Vernetzung auch zu Terrorgruppen in Syrien besitzt die selbsternannte Beobachtungsstelle allerdings auch tiefe Einblicke in Bewegungen von Kämpfern. Umso besorgniserregender sind diese Berichte.

Denn wenn der Südkaukasus zum Aufmarschgebiet von IS-Terroristen wird, könnte diese Region langfristig kontaminiert werden. Die Kämpfer aus der Türkei werden nicht nur ihre Waffen mit sich tragen, sondern auch ihren koran-treuen Glauben. Aserbaidschan dagegen war unter der jahrzehntelangen Sowjet-Herrschaft stark säkularisiert worden. Der Islam spielt im Vergleich zu anderen islamischen Staaten im öffentlichen Leben eine untergeordnete Rolle. Erdogan sät hier für seine Kämpfer von Morgen.

Erdogan entscheidet, wann und wo IS-Terroristen kämpfen

Gleichzeitig zeigen die Vorgänge um Berg Karabach, wie weit die Türkei mit ehemaligen IS-Kämpfern und Al Qaida-Kämpfern zusammenarbeitet. In Syrien kämpfen diese Seit an Seit mit regulären türkischen Truppen gegen die anerkannte Regierung und kurdische Verbände. Von Syrien wurden dann Kämpfer nach Libyen verfrachtet, um dort im innerlibyschen Konflikt mitzumischen. Nun geht es nach Aserbaidschan, um gegen die Nachkommen des türkischen Völkermords an den Armeniern vorzugehen.

Die Türkei macht mittlerweile der islamischen Republik Iran ernsthafte Konkurrenz, wer der größte Terrorförderer in der Region ist. Die Türkei besitzt mittlerweile die Funktion eines Drehkreuzes für IS-Kämpfer und Erdogan entscheidet, wann und wo sie kämpfen.

**Zwei Jahre Kölner
Korankraftwerk**



Von THORSTEN | Am 29. September 2018 nahm das Korankraftwerk der Türkei in Köln seinen Betrieb auf, inzwischen hat es das KKW sogar auf die Trikots des 1. FC Köln geschafft. Kein anderes Bauwerk eines ausländischen Staates kam in Deutschland jemals zu solchen gesellschaftlichen Ehren, nicht einmal das Gebäude der sowjetischen Botschaft in Zeiten der DDR.

Ähnlich wie damals die sowjetische Botschaft in Ost-Berlin erfüllt auch das türkische KKW in Köln aus Sicht des Betreiberstaates eine strategische Doppelfunktion: es ist sowohl politisches als auch ideologisches Machtzentrum des ausländischen Staates in Deutschland. Betreiber der sowjetischen Botschaft war das Außenministerium in Moskau, Betreiber des türkischen KKW ist das Religionsministerium in Ankara.

Beide staatlichen Ministerien bemühten sich jeweils um innenpolitischen Machteinfluss in Deutschland: Moskaus Außenministerium hatte in Zeiten des Kalten Krieges ein erhebliches Interesse an einer Kontrolle der damaligen DDR-Elite, die heutige Regierung in Ankara hat ein ebensolches Interesse an einer Kontrolle der Elite der Bunten Republik – die türkische und islamische Kolonisation Deutschlands soll ja weiter vorangetrieben werden.

Zur Umsetzung dieser politischen Ziele bedienten sich sowohl die Sowjetunion als auch die Türkei neben der offiziellen Diplomatie auch inoffizieller Wege: Die sowjetische Botschaft in Ost-Berlin war neben ihrer rein diplomatischen Funktion immer auch eine wichtige Anlaufstelle für den KGB, und ganz ähnlich laufen heute die diversen Aktivitäten der türkischen Regierung in Deutschland, einschließlich ihrer regen

geheimdienstlichen Tätigkeiten, nicht nur in der türkischen Botschaft und den türkischen Konsulaten, sondern auch im Kölner KKW zusammen.

Sowohl im Fall der Sowjetunion als auch der Türkei waren diese Bemühungen um politischen Machteinfluss in Deutschland höchst erfolgreich. Die Gebäude der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin und das türkische KKW in Köln symbolisieren also gleichermaßen den zu ihren Zeiten jeweils einzigartigen Machteinfluss ausländischer Staaten in Deutschland: Kein anderer ausländischer Staat war in der DDR einflussreicher als die Sowjetunion, kein anderer ausländischer Staat ist in der Bunten Republik einflussreicher als die Türkei. Die deutsche Bundesregierung kann sich heute zwar Sanktionen gegen Russland leisten und eine kindische Trotzhaltung gegenüber den USA, sie wird aber niemals in irgendeiner Weise gegen die Türkei vorgehen können, die in Deutschland flächendeckend eine millionenstarke, allzeit gewaltbereite fünfte Kolonne stationiert hält.

Beide Gebäude, sowjetische Botschaft in Ost-Berlin und türkisches KKW in Köln, fungierten zu ihren jeweiligen Zeiten aber nicht nur als politische Zentralen, sie waren und sind zugleich geistige Propagandazentren der Ideologie ihrer jeweiligen ausländischen Staaten. Die sowjetische Botschaft war ein Hort des Kommunismus und faktisch Parteizentrale der KPdSU, das türkische KKW ist das wichtigste Missionszentrum für den radikalen Islam-Nationalismus von Erdogans AKP in Deutschland: Keine Integration der türkischen Kolonisten in Deutschland in die deutsche Gesellschaft, unbedingter Einsatz für den Machtgewinn des türkischen Mutterlandes und die weitere siedlungspolitische Kolonisation Deutschlands durch das nationalistische Türkentum, Anerkennung eines fundamental interpretierten Islams als treibende Kraft orientalischer und türkischer Stärke – das sind die geistigen Inhalte, die im KKW gepredigt werden. Das sind daher auch die geistigen Inhalte, die heute der 1. FC Köln auf seinen Trikots vermitteln möchte.

Der Umgang der deutschen Eliten mit diesen beiden Bauwerken zeigt entsprechend ebenfalls Gemeinsamkeiten. Die sowjetische Botschaft wurde in DDR-Zeiten wie kaum ein anderes ausländisches Gebäude in der DDR geschützt und verehrt, im Falle des türkischen KKWs in Köln verhält es sich ähnlich: Keinem anderen ausländischen Gebäude in Deutschland wurde jemals die Ehre zuteil, ein Fußballtrikot eines führenden deutschen Fußballvereins zu zieren. Das KKW in Köln scheint in punkto Verehrung durch die buntdeutsche Elite sogar noch eine Stufe über der sowjetischen Botschaft zu DDR-Zeiten zu stehen: Trotz aller Vergötterung der Sowjetunion durch die Elite der DDR schaffte es das Gebäude der sowjetischen Botschaft nie auf das Trikot des FC Dynamo Berlin.

Der „Kampf gegen Rechts“ auf Krefelder Art



Von SPÜRNASER | Der kritische DDR-Bürger hatte als Korrektiv des staatlichen, betreuten Denkens bzw. Fernsehens oft das Westdeutsche TV. Der real existierende, 30jährige Gesamtdeutsche muss sich oftmals mit dem Internet begnügen, um einigermaßen mit der Realität in Berührung kommen zu können. Und was findet man dort Alles?

Ein Foto (*oben*) mit drei Herren vor dem Transparent der türkischen, von Herrn Erdogan abhängigen Religionsbehörde

DIYANET, in Deutschland DITIB. Schön einträglich eingerahmt von der türkischen – in Anbetracht der völkermordenden Geschichte – blutroten Fahne und der deutschen. Links der Vorsitzende der DITIB-Gemeinde „Yunus Emre“ auf der Obergath in Krefeld mit dem NOCH stillen Minarett.

Die FDP in Krefeld setzt fern der Logik den Klang von Kirchenglocken mit dem Text des Muezzinrufes gleich, der nicht friedlich ist, sondern Allah für den Allergrößten und Einzigen hält. Die massakrierten Byzantiner wie Armenier, Griechen und Aramäer können KEIN Lied mehr davon singen. Denn sie gibt es nur noch in Spurenelementen im islamischen „Sultanat“ von Herrn Erdogan. Von einer kritischen Erinnerungskultur, vergleichbar mit der deutschen Aufarbeitung der Verbrechen der Nationalsozialisten, ist in der Türkei und bei den meisten Türken in Deutschland so gut wie nichts zu spüren.

Aber für den amtierenden Oberbürgermeister Frank Meyer von der SPD ist das alles kein Problem. Er sitzt nämlich fröhlich lächelnd in der Mitte des „Dreigestirns“ noch ergänzt zur Rechten durch den Ratsherr Jürgen Oppers von der SPD. Dieses einträgliche Zusammenspiel, nicht nur in Krefeld, von deutschen Kollaborateuren mit dem neo-osmanischen Tätervolk zu Lasten der früheren ethnischen und religiösen Vielfalt wabert insbesondere seit 120 Jahren, dem Bau der Bagdad-Bahn, durch die Hirne deutscher Politik. Was nicht passen sollte, wird passend gemacht.

Von der hierzulande vielgepriesenden Vielfalt und Buntheit kann man in der Türkei schon lange nicht mehr reden. Der lange Arm von Erdogan wird auf deutschem Boden hoffähig gemacht. OB Meyer unterstützt die größten rechtsextremistischen Organisationen in Krefeld, zum einen die „Union der Türkischen-Islamischen Vereine in Krefeld und Umgebung e.V.“ auf der Lutherische-Kirch-Straße. Und die Lokalitäten der rechts-extremistischen „Türk- Federasyon e.V.“, auch „Graue Wölfe“ genannt, auf der Seidenstraße und demnächst in größerer Runde auf der Untergath.

Sagte ich unterstützt? Wie sollte dieses Verhalten sonst benannt werden? Wenn der OB Meyer freudig eine Hähnchenbraterei auf dem Westwall nach Durchtrennung der roten Schleife eröffnet, die auch vom Bruder des „Grauen Wolfes“ Mehmet Demir betrieben wird:



Über diesen Mehmet Demir hatte das WDR-Fernsehen in seinem Magazin „Cosmo TV“ schon kritisch berichtet. Die hochinteressante TV-Reportage, die bei YouTube unter dem Titel „CDU paktiert mit rechtsextremen Grauen Wölfen“ zu sehen ist, warnte bereits 2009 vor dieser Unterwanderung der CDU. Jetzt, elf Jahre später, nach der Kommunalwahl in NRW, scheint das Problem so groß geworden zu sein, dass man es nicht mehr ignorieren kann, wie auch der aktuelle Welt-Artikel von Donnerstag zeigt: „Auch türkischrechts ist rechts“, wobei es statt „rechts“ vielmehr „rechtsextrem“ heißen sollte.

Aus gut unterrichteten Kreisen der Lokalpolitik war zu vernehmen, dass der Faschistenführer, Gründer der „Grauen Wölfe“ und Hitler-Verehrer Alparslan Türkes im Kellerbereich dieser Hähnchenverköstigung auf Wandbildern zu sehen war. Türkes wurde auch in den Räumen der „Internationalen Krefelder

Unternehmer e.V. (IKU)“ geehrt. Mal waren sie auf dem Dießemer Bruch, danach auf dem Südwall. Kritische Stimmen aus der Lokalpolitik und der Polizei haben es dem Verfasser dieser Zeilen erzählt. Zumal der oben genannte Mehmet Demir (*Foto unten in der Mitte*) häufig im Büro der IKU gearbeitet hatte.



Weiterhin hatte die Krefelder SPD stolz dafür gesorgt, dass ein Vorstandsmitglied der rechts-nationalistischen „Türk-Islam-Union“ in die Ausbildung des gehobenen Beamtendienstes geholt wurde. Sein Name ist bekannt.

Aus kritischen türkischen Kreisen wurde noch bekannt, dass die noch lebenden Väter der jetzigen türkischen SPD-Stadträte Mustafa Ertürk und Halide Öztürk Gründer der vom Verfassungsschutz beobachteten, desintegrativen „Grauen Wölfe“ in Krefeld waren. Mir ist nicht bekannt, dass sich die beiden SPD-Mitglieder jemals in der Öffentlichkeit von den extremistischen Zielen der „Grauen Wölfe“ distanziert hätten. Zumal Halide Özkurt (*Foto unten*) ab 2013 für einige Jahre stellvertretende Vorsitzende der DITIB NRW war und ihre Aufgabe mit dem Moscheebau Gladbacher Straße/Deutscher Ring

als erfüllt ansieht. Ganz im Sinne der Erdogan-Regierung.



Der Bruder vom Ratsmitglied der SPD, Ismail Ertürk, ist aussichtsreicher Kandidat für den Stadtrat. Mir ist nicht bekannt, dass er sich von seinem Vater politisch distanziert hätte.

War Mehmet Demir nicht CDU-Kandidat für den Stadtrat? Stimmt! Er ist nicht nur Anhänger der „Grauen Wölfe“, sondern auch Vorstandsmitglied der anfangs genannten DITIB-Moschee, Yunus Emre. Somit schließt sich der Kreis der Einflußnahme.

Die SPD hat sich vor 10 Jahren bundesweit besonders den rechten generell islamistischen Türken u.a. Moslems geöffnet und seitdem auf 15% halbiert. Ist die SPD so naiv, aus völkermord-bejahenden türkischen Funktionären friedliebende Bürger dieses Landes zu machen? Aus Scharia-befürwortenden Islam-Anhängern Menschenrechtler auf dem Niveau des Grundgesetzes zu machen?



Zumal die Türkei wie alle 56 islamischen Länder die UNO-Menschenrechtserklärung von 1948 ablehnt und lieber die Erklärung der OIC (Organisation Islamic Corporation) von Kairo aus dem Jahr 1990 den Menschenrechten vorzieht.

Die SPD ist nicht naiv. Denn Kollaborateure wissen, was sie tun! Weiß es auch der Bürger?

Erdogan ist Anhänger der radikal-islamischen Milli Görüs Bewegung (IGMG), die in diversen Verfassungsschutzberichten aufgeführt ist und den türkischen Arm der Internationalen Moslebruderschaft darstellt. Die Türk-Islam-Union ist ein Zusammenschluss von momentan 13 Vereinen mit ca. 12.000 Mitgliedern. Dazu kommen noch vier Vereine der „Grauen Wölfe“. Weiterhin „UETD“ e.V., die Union der europäischen, türkischen Demokraten, dem deutschen Ableger der türkischen Regierungspartei AKP auf der Gartenstraße.



Zuletzt befindet sich Mehmet Demir (*Foto oben*) neben dem Bundesvorsitzenden der „Grauen Wölfe“ auf einem Flughafen in der Türkei neben elf weiteren Funktionären, einer Kaderschmiede, zum Zwecke der Schulung über Ziele und Absichten der „Grauen Wölfe Organisation“.

1. FC Köln, entfernen Sie die DITIB-Moschee von Ihren Trikots!



Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Der 1. FC Köln hat auf seinen neuen Auswärts-Trikots die Großmoschee des Islamverbandes DITIB als Teil der Kölner Stadtsilhouette abgebildet (PI-NEWS

berichtete). Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) hat dies zum Thema der 17. Folge ihrer neuen Videserie „Islam kompakt“ gemacht (*Video oben*) und einen Offenen Brief an die Funktionäre des 1. FC Köln geschickt, um sie über die Intoleranz und Radikalität dieser aus der Türkei gesteuerten Organisation aufzuklären, die in der Domstadt ihre Zentrale in Deutschland hat. Gleichzeitig fordert die BPE den Fußballclub auf, die Moschee wieder von den Trikots zu entfernen, da sonst damit ein gefährlich falsches Signal gesendet wird.

Auch ein Fußballfan des FC hat dies erkannt und kündigte seine Mitgliedschaft, da er sich mit Moscheen nicht identifizieren könne, und bezeichnete den Verein als „Glaubensgemeinschaft“. Sein Schreiben veröffentlichte der Club umgehend auf Twitter, bestätigte die Kündigung „gerne“, verwies auf die tolerante FC-Charta und verabschiedete den Fan hämisch auf türkisch-deutsch mit „Hadi tschüss“. „Hadi“ bedeutet „Auf geht’s“. Besser konnte der Verein seine Verachtung für einen islamkundigen einheimischen Fan nicht ausdrücken.

Bereits bei der Vorstellung des Trikots hatte der 1. FC Köln erklärt, dass man sich mit der Moschee als „weltoffener Klub“ zeige. Geschäftsführer Alexander Wehrle betonte, dass sein Verein „für eine Willkommenskultur“ und ein „tolerantes, respektvolles Miteinander“ stehe. In der Charta des 1. FC Köln hieße es, dass jeder in der schönsten Stadt Deutschlands herzlich willkommen sei, egal, woher man komme, glaube, was man habe oder sei, wie man lebe und wen man liebe.“

Die Kölner Fußball-Funktionäre glauben also, „respektvoll“ und „tolerant“ auch gegenüber intoleranten Islam-Fundamentalisten sein zu müssen und wollen ihnen eine völlig unkritische Willkommenskultur entgegenbringen. Die FC-Verantwortlichen scheinen entweder völlig uninformiert oder von der momentan grassierenden „Wir sind bunt“-Propaganda total hirngewaschen zu sein. Wie heißt es doch so zutreffend: „Wer für alles offen ist, der ist nicht ganz dicht“.

Dieses „Willkommen um jeden Preis“-Phänomen ist aber nicht nur auf die Führungsetage des 1. FC Köln begrenzt. Beim Kaiserslauterer Fußballverein ging fälschlicherweise auch eine Beschwerde-Mail eines Fußballfans ein, der meinte, dass sie sich „das Moschee-Trikot sonstwohin stecken“ könnten. Daraufhin twitterte die Vereinsführung äußerst politkorrekt:

„Hey FC Köln, wir haben diese Mail bekommen und irgendwie wissen wir jetzt auch nicht... Auf jeden Fall scheint Ihr mit dem Trikot vieles richtig gemacht zu haben. Schickt uns doch mal eines zur Vorlage, Sondertrikots gehen ja immer“

Demnächst also wohl auch eine DITIB-Moschee auf den Trikots des 1. FC Kaiserslautern. Schließlich gehöre der Islam ja zu Deutschland, wie Mutti Merkel meint, und dieser Vorgabe will man sich offensichtlich auch bereitwillig unterwerfen – was Islam schließlich auch bedeutet.

Es gab aber auch negative Reaktionen von Bürgern, die über den Politischen Islam und die DITIB Bescheid wissen. Sie wiesen darauf hin, dass dieser fundamentale Islamverband doch alles andere als „tolerant“, „weltoffen“, „frauengleichberechtigend“ und „homosexuellenfreundlich“ sei. Der 1. FC Köln versuchte daraufhin, mit dieser konstruierten Erklärung die Kurve zu kriegen:

„Wir haben drüber nachgedacht: Die Moschee steht symbolisch für die große türkische Community in Köln, in der es sehr viele eingefleischte FC-Fans gibt. Sie ist ein Teil der Kölner Skyline geworden. Das gilt unabhängig davon, wie man politisch zum Betreiber der Moschee steht.“

Diese DITIB-Moschee steht aber ganz sicher nicht für die gesamte „türkische Community“ in Köln. Viele türkische Aleviten, Atheisten, Kurden und auch modern eingestellte Moslems dürften vermutlich nicht mit diesem Koran-Zentralbunker der von der Türkei gesteuerten DITIB

einverstanden sein. Aus gutem Grund:

Kinder als Soldaten in DITIB-Moscheen für den „obersten Heerführer“ Erdogan

Im Frühjahr 2018 wurden in einigen DITIB-Moscheen in Deutschland Kinder als Soldaten verkleidet, um den Dschihad und den Märtyrertod für die Türkei darzustellen. DITIB-Jugendliche reisten im April 2018 nach Ankara, um ihren „obersten Heerführer“ Erdogan zu treffen.

Der NDR zeigte in seiner Panorama-Sendung am 22.3.2017 den Facebook-Post eines jugendlichen Mitglieds der DTIB-Gemeinde in Hamburg-Wilhelmsburg, der zu einem Bild von Erdogan in der Pose eines islamischen Eroberers schrieb:

“Mein Führer! Gib uns den Befehl, und wir zerschlagen Deutschland“

Ishak Kocaman, der Vorsitzende dieser Wilhelmsburger DITIB-Moschee, veröffentlichte auf Facebook diese Zitate von zwei türkischen Imamen:

„Demokratie ist für uns nicht bindend. Uns bindet Allahs Buch, der Koran.“

„Ich spucke auf das Gesicht der Türken und Kurden, die nicht islamisch leben. Was für einen Wert haben sie schon, wenn sie keine Muslime sind.“

Während einer vom Verband organisierten Reise nach Mekka riefen Jugendliche der DITIB-Gemeinde Wilhelmsburg unter anderem diesen Sprechchor:

„Verdamme und vernichte sie! Allah, gib unserer Polizei, unseren Soldaten und den Söhnen des Vaterlandes Deine Hilfe. Allah ist der Größte“

Intolerante radikal-islamische Organisation

Diese Zitate geben einen tiefen Einblick in die Denkwelt dieser fundamental eingestellten Organisation und stellen keinesfalls Einzelfälle dar, sondern haben System. So zeigte die ndr-Sendung „Panorama3“ am 21.2.2017 Aufnahmen aus einem Gemeindesaal der DITIB Gelsenkirchen, in dem die Besucher mit einem kriegslüsternden Theaterstück auf den Kampf für die Türkei eingeschworen wurden. Darsteller als türkische Soldaten in voller Kampfmontur heizten das Publikum auf. Westliche Demokraten wurden als hinterhältige Verschwörer dargestellt, die den IS gegründet hätten, um letztlich die Türkei zu zerschlagen. Auch der Putschversuch gegen Erdogan sei das Werk des Westens gewesen.

Der Imam der Braunschweiger DITIB-Moschee, Mustafa E., teilte im Jahr 2017 auf Facebook Hetze gegen Andersgläubige. So verbreitete er einen Aufruf zur Gewalt gegen den Nikolaus, der symbolisch für Christen steht. Unter einem Bild von Männern mit Knüppeln heißt es: „Wir warten auf den Nikolaus.“ Unter einem Bild von toten Israelis steht die Bitte an Allah, dass es „mehr davon“ geben möge. Dann beleidigte der DITIB-Imam auch noch den demokratischen Staat Israel, indem er dessen Fahne auf Toilettenpapier gedruckt zeigte.

Alle Imame, die in deutschen DITIB-Moscheen predigen, werden übrigens von der türkischen Religionsbehörde Diyanet entsandt und sind türkische Beamte.

Offener Brief der BPE an den 1. FC Köln

https://www.youtube.com/watch?v=Mqx_JBmvnCI&t=8s

In ihrem offenen Brief informiert die BPE die Funktionäre des 1. FC Köln über das Wesen der DITIB und fordert den Fußballclub auf, die Moschee wieder von den Trikots zu entfernen:

Wir von der Bürgerbewegung Pax Europa fragen uns, ob Sie sich

jemals kritisch mit dem aus der Türkei gesteuerten und der staatlichen türkischen Religionsbehörde DIYANET unterstehenden Islamverband DITIB auseinandergesetzt haben.

Sind die in den vergangenen Jahren und insbesondere in jüngerer Zeit ans Tageslicht geförderten Erkenntnisse über die DITIB und deren Verhältnis zur Demokratie sowie zu den universellen Menschenrechten allesamt spurlos an Ihnen vorbeigegangen?

Haben Sie sich jemals kritisch mit dem Wesen und den Zielen des Politischen Islams auseinandergesetzt, der in der DITIB-Zentralmoschee Lehre und Verbreitung findet?

Der in den DITIB-Moscheen propagierte Politische Islam ist mit den Werten und Normen einer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft und mit den universellen Menschenrechten unvereinbar.

Der Politische Islam strebt im Namen seines Weltherrschaftsanspruchs danach, alle nichtislamischen Religionen und Kulturen zu verdrängen und zu zerstören, bis letztendlich die gesamte Menschheit dem Islam und dessen Gesetz, der Scharia, unterworfen ist.

Der Politische Islam ist daher auch mit dem Gedanken der Völkerverständigung und der von Ihnen erwähnten „Weltoffenheit“ des Fußballvereins 1. FC Köln im Zusammenhang mit Ihrer Rechtfertigung für die Abbildung der DITIB-Zentralmoschee auf den Trikots Ihrer Vereinsspieler nicht vereinbar. Ganz im Gegenteil.

Die Politik des obersten Dienstherrn des Islamverbandes DITIB, dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, läuft darauf hinaus, die Türkei in einen islamischen Staat auf der Grundlage der Scharia zu verwandeln. Diese Politik eines bekennenden Scharia-Anhängers und Moslems, der sich dem Dihad verpflichtet fühlt, findet ihren direkten Weg über Ankara in die DITIB-Moscheen in Deutschland.

Wie „weltoffen“ der türkische Präsident ist, dessen zunehmend aggressive Rhetorik gegenüber den freien westlichen Gesellschaften bei allen Demokraten und Menschenrechtlern die Alarmglocken schrillen lassen muss, bewies Erdogan erst kürzlich, als er das symbolträchtige Wahrzeichen des Jahrhunderts alten christlichen Erbes der Türkei, die einstmals größte Kirche der Welt, die Hagia Sophia, in eine Moschee umwandeln ließ.

Neben dem menschenrechtswidrigen und verfassungsfeindlichen Politischen Islam wird in der DITIB-Zentralmoschee die Blut und Boden-Ideologie des türkischen Chauvinismus gehuldigt. So gehen Mitglieder und Sympathisanten der in Deutschland zahlenmäßig größten rechtsextremistischen Organisation, der türkischen Grauen Wölfe, in der DITIB-Moschee ein und aus. Zur Islam-Konferenz vom 2. bis 4. Januar 2019 wurden auch Organisationen und Personen in die Kölner Moschee eingeladen, die den extremistischen Muslimbrüdern zugerechnet werden. Nicht nur deswegen überlegt der deutsche Verfassungsschutz, Teile der DITIB unter Beobachtung zu stellen.

Zudem ist die Moschee eine Zentrale des türkischen Geheimdienstes MIT, der von vielen türkischstämmigen Bürgern, die der Politik Erdogans kritisch und ablehnend gegenüberstehen, gefürchtet werden muss. Nach Spionagevorwürfen gegen einzelne Imame hat das Land Nordrhein-Westfalen die Kooperation mit der DITIB bereits vor längerer Zeit unterbrochen.

Insbesondere auch unter dem Aspekt der dem Politischen Islam innewohnenden Homosexuellenfeindlichkeit ist es Ihrerseits ein Hohn, sich in einer Stadt wie Köln, in der viele homosexuelle Menschen leben und ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung führen, schützend vor den Politischen Islam zu stellen.

Hinterfragen Sie Ihre unverantwortliche Beschönigung und gefährliche Irreführung der Bevölkerung und Ihrer

Vereinsmitglieder in Bezug auf die DITIB-Zentralmoschee und den dahinter stehenden Politischen Islam.

Lassen Sie sich als Sportverein nicht weiter vor den Karren einer Politik spannen, die dem Politischen Islam in Deutschland den Weg ebnet.

Machen Sie sich nicht mitschuldig daran, einem religiös begründeten Totalitarismus in Deutschland zur Verbreitung zu verhelfen.

Beenden Sie die unangebrachte und gefährliche – falsch verstandene – Toleranz gegenüber der Intoleranz des Politischen Islams!

Die BPE hat dem Offenen Brief auch einige Flyer über die DITIB und den Politischen Islam beigelegt. Auf die Antwort der Vereinsführung darf man gespannt sein.

Die Bürgerbewegung Pax Europa wird auch an diesem Fall weiter dranbleiben. Ziel ist, die DITIB-Moschee von den Kölner Fußballer-Trikots wieder entfernen zu lassen. Das übergeordnete Ziel lautet: Verbot des Politischen Islams.

Dem 1. FC Köln sollte unmissverständlich klargemacht werden, dass er mit der Moschee auf seinen Trikots ein gefährlich falsches Signal sendet und auch seinen Ruf als toleranter und weltoffener Fußballverein aufs Spiel setzt. Kontakt:

» service@fc-koeln.de

Bei den Zuschriften bitte sachlich bleiben und nicht beleidigen.



Michael
Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUHB. Oder bei Patreon.

Erdogans Schatz



Von MANFRED ROUHS | Recep Erdogan kann wirtschaftliche Erfolgsmeldungen gut brauchen. Der Tourismus seines Landes

liegt coronabedingt am Boden. Das türkische Elektroauto, mit dem seine Gefolgsleute den Weltmarkt erobern wollen, rollt leider noch nicht vom Band. Eine international konkurrenzfähige, autochthon türkische Industrieproduktion gibt es nicht. Die türkische Lira befindet sich im freien Fall. Hauptexporgut des Landes sind Fahrzeuge – aber keine eigenen. Hyundai und Toyota beispielsweise lassen in der Türkei einige ihrer Modelle zusammenschrauben. Die Hilfstätigkeiten der Türken für innovative Japaner bringen jedes Jahr eine Handvoll Dollar ein, aber weder schmeicheln sie dem türkischen Selbstbewusstsein, noch machen sie aus der türkischen Republik jene weltweit bedeutende Wirtschaftsmacht, die sich Erdogan und seine Gefolgsleute mit ihrem Traum von einem neuen osmanischen Reich so sehnsüchtig herbeiwünschen.

Das Beste am Orient sind türkische Kekse. Die sind nicht so süß und haben ein besonderes Aroma. Aber sie müssen unbedingt vor Ort frisch zubereitet werden und taugen deshalb nicht als exportfähiger Gamechanger für Erdogans globale Pläne. Pasteurisiert und homogenisiert wären sie ungenießbar.

Wäre die Türkei kein Staat, sondern eine Privatperson, dann könnte sie nur noch ein Lotteriegewinn wirtschaftlich retten. Eine Analogie zum Lotteriegewinn präsentiert Recep Erdogan in diesen Tagen mit einem Erdgasfeld im Schwarzen Meer, das mutige türkische Forscher und Eroberer (Türkisch: „Fatih“) mit einem eben so benannten Bohrschiff erkundet und für die Türkei in Beschlag genommen haben. Den Bug der „Fatih“ haben sie so groß mit dem türkischen Hoheitsabzeichen bemalt, wie es dessen Fläche hergab.

Wie groß allerdings das Gasfeld wirklich ist, weiß niemand. Denn hierbei handelt es sich um Herrschaftswissen der Gefolgsleute Erdogans, dessen Interpretation dem Führer höchstselbst vorbehalten bleibt. Die Finanzmärkte zeigen sich bislang jedenfalls unbeeindruckt. Die türkische Lira fällt weiter.

Die Türkei wird auch künftig auf Rohstoffimporte angewiesen sein. Und vor 2023 kann Erdogans Schatz im Schwarzen Meer – leider, leider – nicht erschlossen werden. Die Wahlen zur 28. Großen Nationalversammlung der Türkei finden übrigens gleichzeitig mit der Präsidentschaftswahl im Juni 2023 statt. Kann das ein Zufall sein? Oder inszeniert Erdogan, der alte Fuchs, den Fund so, dass er bis zum Wahltag Schätze verteilen kann, die noch gar nicht gefördert worden sind? Und wie geht es dann nach dem großen Wahltag im Juni 2023 weiter?

Das Enttäuschungspotential seiner Anhänger wächst. Und falls es nicht doch noch genialen türkischen Wissenschaftlern gelingt, türkische Kekse ohne Qualitätsverlust für viele Monate haltbar zu machen, so dass sie zentral von Firmen, die Erdogans Neffen und Vettern kontrollieren, produziert und in alle Welt verschifft werden können, ist eine Wende in der türkischen Wirtschaftsmisere nicht absehbar.



PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und hat die Broschüre „Coronazeit – Leben im Ausnahmezustand“ herausgegeben. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong.

Die Hagia Sophia und Erdogans

Expansionspläne



Von KONSTANTIN | Der Aufschrei wehrte nur kurz. Die ehemalige Sophienkirche im heutigen Istanbul, die seit 1935 als Museum gedient hatte, wurde wieder in eine Moschee umgewandelt. Erdogan und seine Mitstreiter bemühen sich den Schritt klein zu reden. Touristischen Besuchern wird der Zutritt zur Hagia Sophia weiterhin gestattet sein. Nur freitags würde das muslimische Ritual „Freitagsgebet“ abgehalten. In der Tat handelt es sich nur um einen symbolischen Akt. Konstantinopel ist seit 1453 von islamischen Truppen besetzt und die christliche Ursprungsbevölkerung Kleinasiens mittlerweile fast vollständig getötet, vertrieben oder zwangsassimiliert worden.

Dennoch sind auch symbolische Akte nicht zu unterschätzen. Die Umwandlung der als Moschee genutzten Hagia Sophia in ein Museum unter Kemal Atatürk war ein symbolischer Akt, die moderne Türkei vom islamisch-osmanischen Erbe zu lösen. Atatürk schwebte eine säkulare Türkei vor. Die Republik sollte sich durch eine streng laizistische Politik gegen eine islamische Vereinnahmung schützen. In den islamischen Quellentexten ist eine Trennung von weltlicher und religiöser Macht und Autorität nicht vorgesehen. Politische und religiöse Kräfte sollen sich in islamischen Konzepten vielmehr gegensätzlich stärken und stützen.

Die türkische Republik ist tot! Es lebe das Neosmanische Reich

Die Rückwidmung vom Museum zur Moschee ist der Sargnagel für den von Atatürk angestoßenen Jahrzehnte langen Versuch,

islamische politische Kräfte unter Kontrolle zu bringen. Die türkische Republik ist tot! Es lebe das Neosmanische Reich unter Sultan Recep Erdogan.

Dieser Paradigmenwechsel ist allerdings im Gegensatz zur Umwidmung der Hagia Sophia keinesfalls nur symbolischer Natur. Erdogans Außen- und Sicherheitspolitik nimmt in rasanter Geschwindigkeit Parallelen zum Osmanischen Reich an. In vollkommener Selbstverständlichkeit werden türkische Soldaten in einem Nachbarland nach dem anderen eingesetzt. Im Mai 2020 besetzten türkische Soldaten griechische Inseln im Grenzfluss Evros. Seit 1974 ist der Norden Zyperns durch türkische Truppen besetzt. Auch dort wurden Kirchen in Moscheen umgewandelt und anatolische Siedlerfamilien hin verfrachtet. Mit dem Beitritt Zyperns zur EU gehört die gesamte Insel völkerrechtlich zur Europäischen Union. Mit dem kleinen Schönheitsfehler, dass der Norden der Insel türkisch besetzt ist. Die Eurokraten in Brüssel scheint dies allerdings kaum zu stören. Die Beihilfen für die Türkei flossen über Jahre weiter.

Bekanntes Spielwiese von Erdogans militärischen Abenteurern ist Syrien. Dort stehen türkische Truppen seit 2016 direkt im Nachbarland. Nachdem der mutmaßliche türkische Verbündete, der Islamische Staat, sukzessive von arabisch-kurdischen Milizen zurückgedrängt wurde, intervenierte die Türkei und eroberte Teile der vom IS verlorenen Gebiete zurück. Sunnitisch-arabische Kämpfer aus Al-Qaida nahen Milizen werden nun mit ihren Familien in ehemals kurdischen Gebieten angesiedelt und in den Schulen wird türkisch gelehrt.

Erdogan in der Mehrzahl der Nachbarländer militärisch aktiv

Seit Frühjahr 2020 intensiviert die Türkei auch ihre militärischen Eingriffe in Libyen. Dort scheinen allerdings zumindest offiziell keine regulären türkischen Truppen eingesetzt zu werden, sondern in erster Linie arabische Milizionäre und Material. Anders sieht dies wieder im Nordirak

aus. Dort führt die Türkei seit Juni eine Bodenoffensive gegen die kurdische PKK-Miliz durch.

Im Konflikt zwischen dem christlichen Armenien und dem turksprachigen Aserbaidschan hat sich die Türkei bisher nur verbal auf die aserische Seite geschlagen. Vor einem Angriff auf Armenien schreckt Erdogan wohl auch aufgrund dessen Schutzmacht Russland zurück.

Dennoch ergibt sich eine erschreckende Liste völkerrechtswidriger militärischer Abenteuer für einen Natostaat. Erdogans Türkei ist in vier von sieben Nachbarstaaten mit eigenen Soldaten direkt militärisch aktiv. Milizionäre kämpfen auf der südlichen Seite des Mittelmeers in Libyen. Armenien wird zumindest verbal bedroht. Die militärische Landkarte zeigt: Die westlich orientierte Türkei ist Geschichte. Wir haben es mit einer expansiven Militärmacht zu tun, die jede Gelegenheit nutzen wird, Grenzen zu ihren Gunsten zu verschieben. Bis auf immer neue Geldzahlungen scheinen Deutschland und die EU hierauf keine Antwort zu finden.